268912

POSTULAT

Urheber	UDC, durch Jérôme Desmeules
Gegenstand	Kantonaler Plan zur Eindämmung / Senkung der Krankenkassenprämien
Datum	11/11/2025
Nummer	2025.11.476

Jeden Herbst werden die Walliser Haushalte mit voller Wucht vom Prämienhammer getroffen, und jeden Herbst verschanzt sich der Staatsrat hinter einer angeblichen Ohnmacht gegenüber den steigenden Krankenkassenprämien. Der für 2026 angekündigte Anstieg von +5,9 Prozent liegt deutlich über dem Schweizer Durchschnitt und ist der schmerzliche Beweis dafür, dass diese Passivität nicht länger tragbar ist. Die Kaufkraft unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist direkt bedroht, und Untätigkeit ist keine Option mehr.

Der Kanton Zug hat gezeigt, dass die Kantone sehr wohl handeln können. Mit der Übernahme von 99 Prozent der Spitalkosten hat der Kanton Zug ein starkes politisches Zeichen gesetzt und seinen Bürgerinnen und Bürgern eine historische Prämiensenkung um 14,7 Prozent beschert. Dieses Beispiel beweist eindrücklich, dass die Kantone über wirksame Hebel verfügen und die angebliche Ohnmacht nichts als Schall und Rauch ist. Das Wallis darf nicht länger erdulden, sondern muss endlich handeln.

Unser Kanton hat einen viel grösseren Handlungsspielraum, als er zugeben will. Anstatt sich hinter dem Bund zu verstecken, muss der Staatsrat seine Verantwortung wahrnehmen und die Ursachen der Kostenexplosion, auf die er einen direkten Einfluss hat, bekämpfen. Die Lösungsansätze sind bekannt und dokumentiert:

- Optimierung unserer Spitalstruktur: Die Betriebskosten des Spital Wallis und die Doppelspurigkeiten zwischen den Standorten bergen ein Einsparungspotenzial in zweistelliger Millionenhöhe.

- Eindämmung der ambulanten Kosten: Die Kostenexplosion in diesem vollständig durch die Prämien finanzierten Bereich (+50 % in 8 Jahren) muss dank einer strikteren kantonalen Planung und Regulierung eingedämmt werden.

- Digitalisierung und Koordinierung der Gesundheitsversorgung: Der Rückstand in diesem Bereich führt zu Verschwendung, die durch gezielte Investitionen und einen klaren politischen Willen vermieden werden könnte.

- Prävention: Mit jedem in wirksame Präventionsprogramme investierten Franken kann langfristig ein Mehrfaches an Behandlungskosten eingespart werden.

Höchste Zeit also, dass wir damit aufhören, den Mangel zu verwalten, und damit anfangen, den Wandel anzupacken. Zu diesem Zweck muss der Staatsrat nicht nur seine eigene Strategie ausarbeiten, sondern auch auf jene hören, die an vorderster Front stehen. Die Gesundheitsfachpersonen, die Versicherer, die Sozialpartner und die politischen Kreise in diesem Kanton haben denn auch zahlreiche pragmatische und konkrete Lösungen auf Lager. Wir müssen ein offenes Ohr für ihre Vorschläge haben.

Wir fordern den Staatsrat auf, dem Grossen Rat einen kantonalen Aktionsplan zur Eindämmung der Gesundheitskosten und zur Senkung der Krankenkassenprämien vorzulegen. Bei der Ausarbeitung dieses bezifferten Plan darf es keine Tabus geben und es müssen alle Hebel geprüft werden, die der Kanton in Bewegung setzen kann, um die Gesundheitskosten und folglich die Krankenkassenprämien zu senken.

Schlussfolgerung

Vor diesem Hintergrund wird der Staatsrat aufgefordert:

1. einen Katalog mit konkreten Massnahmen zur Senkung / Eindämmung der Gesundheitskosten und der Krankenkassenprämien im Kompetenzbereich des Kantons (Spitalplanung, Regulierung des ambulanten Bereichs, Digitalisierung, Gesundheitsvorsorge, Rahmenbedingungen usw.) zu erarbeiten und das Sparpotenzial für jede Massnahme genau zu beziffern

2. eine breite öffentliche Vernehmlassung bei den Gesundheitsfachpersonen, Versicherern, Gemeinden, Sozialpartnern und allen politischen Parteien durchzuführen, um ihre Vorschläge für Massnahmen zur Kostensenkung in der Zuständigkeit des Kantons zu sammeln

3. dem Grossen Rat eine Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse sowie einen nach Prioritäten geordneten Aktionsplan vorzulegen, der auch einen Zeitplan für die Umsetzung der berücksichtigten Massnahmen enthält